Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Bezieher in den vorgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zeit gültig ist Grundzahlenpreis mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil zur Zeile Pfg., die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamationsanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / In der Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platz. Erfüllung Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen usw. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 38 | Sonntag den 15. Februar 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt K der Landesfettkarte sowie auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 16. bis 22. Februar 1920 50 g Butter ausgegeben.

Meißen, am 13. Februar 1920. Nr. 182 II.

2501 **Kommunalverband Meißen Land.**

Preiserhöhung für elektrischen Strom und für Wasser.

Mit Rücksicht auf das weitere außerordentliche Steigen der Selbstkosten sind die städtischen Kollegien genötigt, sowohl den Bezugspreis für elektrischen Strom als auch den Wasserzins mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab auf das Doppelte zu erhöhen. Es beträgt hiernach von diesem Zeitpunkt ab der Preis

des Kraftstromes 1,60 Mark
des Lichtstromes 2,00 Mark } für die Kilowattstunde

und der Grundpreis für 1 cbm Wasser 0,60 Mark.

Die monatliche Miete für Elektrizitätszähler wird ebenfalls vom 1. Januar 1920 ab für die Zähler bis 2,5 Ampere bei 110 Volt Spannung auf 50 Pfg., für die übrigen Zähler auf das Doppelte des bisherigen Preises erhöht.

Wilsdruff, am 14. Februar 1920. 2516 **Der Stadtrat.**

Nachstehend wird der V. Nachtrag zum Regulativ über die Verwaltung des Elektrizitätswerks der Stadt Wilsdruff zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wilsdruff, am 14. Februar 1920. 2518 **Der Stadtrat.**

V. Nachtrag

zum Regulativ über die Verwaltung des Elektrizitätswerkes der Stadt Wilsdruff, sowie Herstellung von Anschlüssen elektrischen Stromes usw. aus demselben.

§ 8 erhält folgenden Zusatz:

Sofern sich die Stromerzeugungs- oder Strombezugskosten sowie die Zählerpreise infolge von Umständen erhöhen, die von der Verwaltung des Elektrizitätswerkes bei der Festsetzung des Abgabe- bzw. Mietpreises noch nicht rechnerisch verwertet werden konnten, dürfen auch der Stromabgabepreis und die Zählermiete mit rückwirkender Kraft erhöht werden, jedoch nicht weiter als 1/4 Jahr zurück. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Wilsdruff, am 12. Februar 1920.

Der Stadtrat.
Künzel,
Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.
Oberl. Kantor Hienzsch,
1. Vorsteher.

Die Entente fordert den Rest der deutschen Handelsflotte.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Deutsche Nationalversammlung soll zum 24. Februar einberufen werden.
* Die Besatzungskosten für die Ententetruppen in den östlichen Abstimmungsgebieten betragen nach jetzigem Valutastand in deutscher Währung rund sieben Milliarden Mark.
* Der Völkerbundsrat in Paris befaßte sich mit der Regelung der Frage des Saarbeckens und verwarf das Ersuchen von vier deutschen Gemeinden, in dieses Gebiet aufgenommen zu werden.
* In Italien soll demnächst die Brotkarte wieder eingeführt werden.
* Die Fabrikkomitees (Betriebsräte) wurden in Rußland durch amtliche Verfügung aufgehoben.

Revision?

Mit Händen und Füßen sträuben sich unsere Gegner gegen den Gedanken, daß sie genötigt sein könnten, so etwas wie eine Revision des Versailler Vertrages auch nur in Erwägung zu ziehen. Nein, nein, um keinen Preis — sagen die Franzosen, denn das wäre der Anfang vom Ende dieses diplomatischen Meisterwerkes, mit dem man beileibe nicht etwa Deutschland dauernd zum Tode verurteilen wollte; es sollte nur die Menschheit für alle Zeiten vor einer Wiederholung der barbarischen Schrecken des deutschen Militarismus bewahren und Frankreich im besonderen ein Leben in Ruhe und Sicherheit ermöglichen, diesem armen Frankreich, das bekanntlich niemals in den Jahrhunderten auch nur ein Wässerchen getrübt hat. Aber in London, in England überhaupt will man von diesen schönen Redensarten nicht mehr viel wissen. Sie haben ihren Dienst bei der Niederwerfung Deutschlands getan, und damit ist es genug. Wollen wir uns nicht endlich wieder ernsten Geschäften zuwenden? Schon ist, bei der Adreßdebatte im Unterhause, von der liberalen und von der Arbeitergruppe, ein gemeinsamer Antrag gestellt worden, der die Krone ergebenst darauf aufmerksam machen will, „daß die Minister Eurer Majestät noch nicht eingesehen haben, daß eine Erfüllung der Friedensbedingungen für unsere ehemaligen Feinde unmöglich ist, und daß die Minister sich nicht genügend Rechenschaft ablegen über die Gefahr, die sich daraus für England ergibt, indem die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa und im Orient dadurch im Rückstand bleibt." Also ein Mißtrauensvotum in aller Form, und den Verbündeten jenseits des Kanals wird noch besonders vorgehalten, daß, wie sehr ihnen auch die wirtschaftliche Wiederaufrichtung ihres eigenen Landes am Herzen liegen muß, sie doch noch nicht genügend eingesehen hätten, daß Frankreich um jeden Frank ärmer werde, den es Deutschland wegnimmt. Der Antrag wird vielleicht abgelehnt werden; daß er aber überhaupt, nicht von diesem oder jenem Eingänger, sondern von zwei wichtigen Fraktionen des Hauses eingebracht werden konnte, läßt doch schon auf einen erheblichen Stimmungsumschwung an der Themse schließen. Der Anfang wäre also gemacht.

Aber schon ist Millerand nach London geeilt, um die heraufziehende Gefahr zu beschwören. In Begleitung des Marschalls Foch natürlich, was sich nach außen hin immer ganz gut ausnimmt. Die Herren werden abermals den Beweis führen, daß Frankreich unbedingt den Rhein als Grenze haben muß, daß man sich auf eine Revision des Vertrages unter gar keinen Umständen einlassen kann, und daß, wenn Deutschland erst einmal in einer Frage nachgegeben wird, es sich überhaupt seinen übernommenen Verpflichtungen entziehen werde. Wie man in Paris denkt und — unvorsichtigerweise auch — spricht, das ist dieser Tage von einem französischen Blatte sehr hübsch ausgeplaudert worden: Deutschland will uns seine „Kriegsverbrecher" nicht ausliefern? Also annektieren wir das linke Rheinufer. Deutschland säumt mit der Abfuhr von Kohlen? Also annektieren wir das linke Rheinufer. Deutschland will nicht zahlen? Also annektieren wir das linke Rheinufer. Mit anderen Worten: Deutschland kann sich anstrengen wie es will, unser Ziel bleibt das linke Rheinufer, und ehe es nicht ausgemacht ist, daß wir es für immer behalten können, eher gibt es für uns keinen Frieden mit Deutschland. Die Erfüllung unmöglicher Bedingungen könne von ihm nicht verlangt werden? Aber sie sind doch von ihm unterschrieben worden, und deshalb müssen wir selbst auf dem letzten Buchstaben bestehen bleiben. Das hat Millerand soeben noch einmal feierlich im Angesicht der Kammer verkündet. Schon hat er sich auf die Verlängerung der Besatzungsdauer für das Rheinland festgelegt, er kann also nicht mehr zurück, gleichviel wie man in London sein Verhalten beurteilen mag. Das Wort „Revision" wird in seinem Sprachlexikon nicht geführt.

Was wird nun geschehen? In Paris verschließt man sich nicht der Erkenntnis, daß Revisionsgedanken aller Art in England in der Luft schweben. Hat doch sogar der frühere Kabinettschef Asquith sich mit dürren Worten zu ihnen bekannt. Und dieser Lloyd George, kann man sicher sein, daß er bei der (französischen) Stange bleibt, wenn er sieht, daß gegen den Strom nicht mehr anzukämpfen ist? Sollte nicht wenigstens eine Vertagung der ganzen Frage zu erreichen sein? Denn der Vertrag ist doch gerade erst in Kraft getreten; müßte nicht in Deutschland so etwas wie Übermut aufkommen, wenn man heute schon nachgeben wollte, ja müßte es nicht förmlich zu Revanchegedanken angeregt werden, wenn die Dauerhaftigkeit des Vertrages von Versailles bereits jetzt ernstlich in Frage gestellt würde? Die Wacht am Rhein jedenfalls muß unter allen Umständen aufrechterhalten werden — in diesen Kehrreim laufen schließlich alle französischen Betrachtungen der augenblicklichen Lage aus.

Und wir? Hätten wir wirklich etwas von einer Revision des Vertrages zu erhoffen? Wird dieser Vertrag nicht von unsern Feinden auf Schritt und Tritt verletzt, gebrochen, überschritten? Maßen sie sich nicht jeden Tag uns gegenüber Rechte an, die ihnen weder nach dem Wortlaut noch nach dem Geist des Vertrages zustehen? Und selbst wenn sie sich in dieser oder jener Frage zu einigem Entgegenkommen herbeilassen sollten — in ihrem Interesse selbstverständlich, weil es anders eben überhaupt nicht möglich ist — werden sie uns in andern Dingen dafür nicht um so rücksichtsloser anfassen, uns quälen bis aufs Blut, damit wir nur ja nicht etwa ihre Reden von Völkerversöhnung und ewigem Frieden auf Deutschland mitbeziehen? Und günstigstenfalls: wenn wirklich die Millerand und Foch in diesem Kampf der Geister unterliegen sollten, würde die Revision nicht zu spät kommen, um noch das Schlimmste von uns abwenden zu können? Die ruhigen Geister auch im Lager unserer Feinde geben jetzt schon ohne weiteres zu, daß keine Minute mehr gezögert werden darf. Zeit verloren, heißt diesmal alles verloren. Wird man sich diesen Glaubenssatz in den Londoner Konferenzen wohl zur Richtschnur nehmen?

Dr. Sy.

Beschlagnahme von Auslandsware.

Rückwirkung vom 6. Februar.

Der Erlaß einer bedeutsamen Verordnung steht bevor, die in dem zuständigen Ausschuß der Nationalversammlung beschlossen worden ist.

Nach der Verordnung sollen alle Waren aus dem Auslande, deren Einfuhr nicht ausdrücklich gestattet ist, von den Behörden beschlagnahmt werden. Alle aus dem Ausland und ebenso aus dem besetzten Gebiet eingeführten Waren, die nach dem 6. Februar hereingebracht worden sind, kommen in Frage.

Von dem Einfuhrverbot waren eine Reihe von Waren ausgenommen. So alle Lebensmittel, die nicht in Deutschland hergestellt werden können, und die Textilrohstoffe. Es waren daher Reis, Hülsenfrüchte, Kakaobohnen, Baumwolle, Wolle und Rohseide bisher zur Einfuhr zugelassen. Diese Waren dürfen auch fernerhin eingeführt werden. Dagegen hat in letzter Zeit sich täglich in größerem Umfange eine Einfuhr aller erdenklichen Gegenstände bemerkbar gemacht. Schmuggel und Schieberwesen schossen mehr und mehr ins Kraut. Dem soll jetzt ein Riegel vorgeschoben werden. Alles, was an unerlaubten Waren seit 6. Februar in das unbesetzte Deutschland eingeführt worden ist, verfällt der Beschlagnahme. Damit durch diese neue Maßnahme nun aber nicht eine große Störung im Handelsverkehr eintritt, werden besondere Übergangsbestimmungen geschaffen werden.

„Der Friedensvertrag nicht unantastbar."

Französische Bestürzung über Curzons Äußerungen.

Die in England und Frankreich zunächst verheimlichte, auch in Deutschland nur unbestimmt bekanntgewordene Rede des englischen Außenministers Lord Curzon im Oberhause konnte nun doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Sie wirkte in Frankreich geradezu niederschlagend. Man ist sprachlos gegenüber Curzons grundlegenden Worten:

„Die Leute, die den Friedensvertrag abgeschlossen haben, haben ihr Bestes getan. Es muß sich aber erst erweisen, ob ihre Arbeit gut oder schlecht war. **Ich sehe den Friedensvertrag nicht als etwas Unantastbares an; vieles daran wird mit der Zeit revidiert werden müssen.** Nach der Ratifizierung haben wir die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen. Wenn Deutschland aufrichtig bereit ist, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so werden wir unser Bestes tun, ihm dabei zu helfen und ihm einen Platz im Kreise der zivilisierten Völker wieder zu verschaffen."

In der französischen Kammer war die Rede der allgemeine Gesprächsgegenstand. Viele Abgeordnete erklärten, man müsse sein Urteil bis zur Rückkehr Millerands aus London vertagen. Aber offen gesteht man ein, daß England nach dem Beispiel Italiens eine neue Stellung zu Deutschland einzunehmen beabsichtige. Das „Journal" gibt zu, daß die Reden Lloyd Georges und Lord Curzons einen schweren Gegensatz der Auffassungen und Meinungen innerhalb der Entente enthüllen. Und „Journal des Debats" sagt, offenbar strebe England nach einer Neuorientierung.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF